

Antrag: Frauen und Politik: Die Quote

Antragsteller: BeKo 2002

Zu Beginn jeder Konferenz spielt sich in altbewährter Juso-Streitkultur ein immer wiederkehrendes Debakel ab: Die Quotendebatte! Warum gibt es für Frauen eine „Sonderbehandlung“? Harte oder weiche Quote- wo liegt der Unterschied?

Zunächst einmal stellt die Quote keine „Extrawurst,“ für Frauen dar, sondern versucht lediglich die mangelnde Repräsentanz von Frauen auf allen Ebenen der Jusos zu beseitigen. Um die männliche Dominanz des Juso-Verbandes aufzubrechen, müssen nach Ansicht der Jusos Hessen-Süd nicht Frauen für die Politik fit gemacht, sondern umgekehrt. Die Quote ist dabei Mittel zum Zweck. Sie soll zur Auseinandersetzung damit zwingen, weshalb der Juso-Verband für mehr als 50 Prozent der Bevölkerung unattraktiv ist und zu einem Politikstil anregen, der auch Frauen dazu bewegt, sich bei den Jusos zu engagieren.

Die Satzung der SPD sieht eine sogenannte Geschlechterquote oder auch weiche Quote vor. Für Konferenzen heißt das, dass Delegationen nur quotiert gewählt sein müssen, nicht aber auch quotiert anwesend sein müssen. Gewählte Männern haben Stimmrecht, selbst dann, wenn keine einzige Frau anwesend wäre.

Die Jusos Hessen-Süd haben sich im Gegensatz zur ihrer Mutterpartei auf einem Sonder-BAA im Geschäftsjahr 2000/ 2001 zur Anwendung der harten Quote bekannt. Das bedeutet, dass gemäß dieses Beschlusses die auf Konferenzen angereisten Delegationen, unabhängig davon, ob sie vollzählig angereist sind oder nicht, quotiert sein sollten. Eine nicht quotierte Delegation wird entsprechend der Frauenquote von 40 Prozent aufgefordert Mandate der männlichen Delegierten niederzulegen bis die Delegation quotiert anwesend ist.

Frauen und Politik: Gleichstellungspolitik ist Querschnittsaufgabe

Die Jusos Hessen-Süd sind der Ansicht, dass Frauenpolitik nur zu einer Verbesserung, der Lebenssituation von Frauen führen kann, wenn sie in allen politischen Bereichen fest verankert ist und nicht isoliert betrieben wird. Aus diesem Grund stellen sie auch an sich selbst den Anspruch, ihre Forderungen auf allen anderen Politikfeldern unter dem Aspekt der Chancengleichheit kritisch zu hinterfragen. In diesem Sinne soll die Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen des Bezirks thematisiert werden.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Soziale Sicherung und Erwerbsarbeit

Auf der Bezirkskonferenz 2001 haben sich die Jusos Hessen-Süd mit großer Mehrheit für einen Umbau des deutschen Sozialsystems votiert, der die Grundlagen für eine gleichberechtigte Gesellschaft von Frauen und Männern legen soll. Dies muss unserer Ansicht nach vor allem unter dem Blickwinkel der Umverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit geschehen. Deshalb fordern die Jusos mit Nachdruck die Abschaffung des Ehegattensplitting im Steuerrecht, welches die reduzierte Erwerbstätigkeit von Frauen finanziell begünstigt

Im Hinblick auf eine soziale Sicherung, welche Chancengleichheit konsequent verwirklichen soll, haben die Jusos sowohl auf der Bezirkskonferenz 1999 als auch auf ihrer Bezirkskonferenz im Jahre 2002 weitgehende Beschlüsse zu einer Reform der Rentenversicherung unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung beschlossen. Die nach wie vor bestehenden starken Benachteiligungen von Erziehenden, in der Regel Frauen, wie sie das derzeitige Rentensystem praktiziert, müssen abgebaut werden. Hierzu muss die Anrechnung von Erziehungszeiten sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller Hinsicht deutlich erhöht werden.

Da wir selbstverständlich keiner Frau vorschreiben möchten, wie sie ihr Leben zu planen hat, ist es in gleichem Maße unser Anliegen, allen Frauen, die sich für Beruf und Familie entscheiden, die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche zu ermöglichen. Aus diesem Grund

setzen sich die Jusos Hessen-Süd für die Förderung vielfältiger Möglichkeiten der Kinderbetreuung ein, um die Mehrfachbelastung, von Frauen, die noch immer die Hauptlast bei der Haus- und Familienarbeit tragen, zu reduzieren. Die beiden Hauptaspekte betreffend eines Ausbaus des Kinderbetreuungsangebotes sind für die Jusos Hessen-Süd dabei Flexibilität und Bezahlbarkeit. Letzteres gilt insbesondere im Hinblick auf alleinerziehende Mütter. Darüber hinaus kann nach Auffassung der Jusos nicht angehen, dass Arbeitszeiten noch immer an der Lebensrealität eines männlichen Alleinverdieners orientiert sind. Wir setzen uns daher für eine generelle Arbeitszeitverkürzung ebenso wie für Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung ein, die den Bedürfnissen arbeitender Frauen mit Kindern gerecht werden. Ferner fordern wir das verstärkte Auflegen von Wiedereingliederungsprogrammen, um Frauen, die aufgrund von Kindererziehungszeiten eine Auszeit vom Berufsleben in Anspruch genommen haben, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Tatsache, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer noch deutlich schlechter gestellt sind als Männer, veranlasste die Jusos Hessen-Süd zudem ihre Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auch auf der Bezirkskonferenz 2002 noch einmal Ausdruck zu verleihen. Personalpolitik muss konsequent Chancengleichheit berücksichtigen.

Trotz der Tatsache, dass Mädchen in der Regel deutlich bessere Schulabschlüsse haben als Jungen und neuesten Studien zufolge inzwischen auch ebenso viele junge Frauen wie Männer über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, ist nach wie vor eine Segmentierung des Arbeitsmarktes in hochbezahlte „Männerberufe“, und schlecht entlohnte „Frauenberufe“, – zumeist Dienstleistungstätigkeiten – empirisch nachweisbar. So ist der Niedriglohnsektor inzwischen eine regelrechte Frauendomäne. Die Jusos Hessen-Süd haben daher die Notwendigkeit einer Heranführung von Frauen an männerspezifische Berufe erkannt.

Frauen und Internationale Politik: Gleichberechtigung in der EU

In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung der EU ist eine weitergehende Verankerung der Gleichstellung auf europäischer Ebene aus Sicht der Jusos Hessen-Süd dringend erforderlich. Bisher stellt die Gleichstellung von Frauen und Männern auf Ebene der EU nicht viel mehr als eine politische Zielbestimmung dar, es bedarf daher umfassender und vor allem konkreter Handlungsaufträge. Gemäß unserer Beschlüsse treten wir daher für eine Ausweitung, der in den EU-Verträgen verankerten Frauenrechte, Antidiskriminierungsartikel und Frauenfördermaßnahmen ein. Gleichberechtigung in der EU muss mehr sein als eine reine Absichtserklärung.